

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederwöchlicher Abonnementspreis 0,75 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Eich-Bezirk)
Berlin N.O. 88, Greifswalder Straße 221/222.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 71/72.

Berlin, Sonnabend, 5. September 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Nachblick und Ausblick. — Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — Gegen Verschwendung von Nahrungsmitteln zur Sicherung unserer Volksernährung. — Sorgen für geistige Nahrung! — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeile. — Verbands-Zeile. — Literatur. — Anzeigen.

Nachblick und Ausblick.

Ein Monat des Krieges, eine Zeit schwerer Sorgen liegt hinter uns. Gewaltige Ereignisse haben sich auf den Kriegsschauplätzen vollzogen, und wenn wir sie heute an unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen, dann dürfen wir bei voller Würdigung aller Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, dennoch frohgemut sagen, daß viel, viel mehr erreicht worden ist, als der Hoffnungslosigkeit von uns zu erwarten wagte. Von Sieg zu Sieg sind die deutschen Truppen geeilt, dank ihrer unübertrefflichen, todesmüthigen Tapferkeit, dank auch ihrer zielbewußten und umsichtigen Leitung. Und was auch das Schicksal des jähergeprüften Ostpreußens, mag auch manches Mißgeschick unserer Flotte die Siegesfreude hin und wieder etwas gedämpft haben, mag auch der Gedanke an die blutigen Opfer uns manchmal mit tiefem Schmerz erfüllt haben, die Einmütigkeit und die Begeisterung des deutschen Volkes ist nicht geschwächt worden, sondern nur noch gestiegen und dazu ist die festerste Zuversicht gekommen, daß unser Volk mit seinem treuen Verbündeten der zahlreichen Feinde Herr werden wird, mögen sie sich auch noch so verwerflicher Kampfmittel bedienen.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die kriegsreichen Ereignisse und die herrlichen Erfolge unserer Truppen hier aufzuführen. Das ist Sache der Tagespresse. Aber unserer Freude darüber können und müssen wir Ausdruck geben. Sängt doch von dem Ausgang der Kämpfe auch die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens ab. Wir sind überzeugt, daß wenn unsere Heere ihren Siegesmarsch so fortsetzen, daß dann auch Handel und Industrie sich bald wieder beleben werden, daß die große Arbeitslosigkeit, die unser Volk so niederdrückt, wieder weichen wird, und damit auch für die Arbeiterschaft wieder bessere Zeiten kommen werden. Es soll durchaus anerkannt werden, daß zur Verringerung der Not außerordentliches geleistet worden ist. Staat und Gemeinden haben ihr Bestes getan; auch zahlreiche Arbeitgeber haben soziales Verständnis genug an den Tag gelegt, und die private Mithätigkeit hat sich in herrlichster Weise betätigt. Aber alles das genügt nicht. Die Hauptfrage ist, daß es gelingt, ausreichende Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen; erst dann wird die erhoffte Besserung in vollem Maße eintreten. Hoffentlich wird man dann, wenn das industrielle Leben sich wieder reger abspielt, nicht vergessen, was man in der Zeit der gemeinsamen Not verdorben hat! Hoffentlich lebt dann auch der Geist weiter, der z. B. aus folgenden Sätzen spricht:

Man bedente, wie viele Hunderttausende, die nicht kriegslüchtig sind, und deren Angehörige daher keine Kriegsentfähigkeitsbescheinigung erhalten, schon durch ihre eigene körperliche Anstrengung und jetzt durch die Einstellung von zahlreicher Betriebe durch die Verminderung des Personals und durch die Veränderungen, die unser ganzes Wirtschaftsleben mit einem Schlag erfahren hat, brotlos gemein leben geworden sind. Wer in den Arbeitsnachweisstellen gesehen hat, wie Männer mit grauen Haaren, Knaben mit klammern Gesicht, autschickende Jünglinge ohne Zaubern sich zu schmerzlicher, ungewohnter Entbehrung drängen, oft lebenden Fußes sich bereit erklären, mit den Agenten ostpreussischer Landwirte die beschwerliche Reise nach der russischen, so sehr gefährdeten Grenze anzutreten, ohne nach der Höhe des Lohnes zu fragen (manchmal sollen es neben freier Station nur 50 Pf. für den Tag sein), wer sieht, wie

Frauen und Mädchen in hübschen hellen Kleidern und mit schmunzenden Bitten sich zu jeder Arbeit bereit erklären, der ist erstaunt darüber, wie viel Arbeitslosigkeit und Erwerbsmangel schon heute herrscht, wo doch die Laufende galgischer und russischer Arbeiter weggezogen sind und so deren Wettbewerb fortgesetzt ist. Auf tausend Nachfragen kommt ein Angebot von Arbeitsmöglichkeiten.

Und schon erhebt sich die ernste Frage: Ist es richtig, in erster Linie die immerhin einigermassen vor Not geschützten Familien der Arbeiter zu unterstützen? Schon wurden Bedenken laut in der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Berlin. Schon spricht man im Volke mit Recht, ja, mit Erbitterung von der Bevorzugung jener Familien, während andere Tausende nichts, gar nichts haben und bestenfalls auf die von vielen so sehr gesürdete und doch nie ausreichende Armenunterstützung angewiesen sind, bis zu deren Gewährung oft Wochen verstreichen. Ja, man hört schon manche Anbeutungen, man werde, wenn das so weiter geht mit der Arbeitsnot, die Schaffnerinnen der Straßenbahn (die, neben 30-50 Mt. Reichs- und Gemeinde-Kriegsentfähigkeitsgeld, für die Stunde Dienst 35 Pf. von der Gesellschaft und außerdem viele Trinkgelder von den mitleidigen Passagieren erhalten) von den Wagen herunterstürzen, damit sie von den brotlos gewordenen dahingestreckten Männern besetzt werden! Die Gefahr innerer Unruhen infolge des Arbeitsmangels darf nicht unterschätzt werden während eines Krieges, in dem unser ganzes Volk bis zur Reize den Stachel des Leidens wird auskosten, in dem auch das Letzte wird geopfert werden müssen. Da werden Weiber zu Spinnen! — ja, die Frauen der erwerbslosen Männer werden die gefährlichsten Gegner jener einseitigen, falschen Fürsorgepolitik sein!

Und weiter ist es unseres Erachtens vollkommen falsch, wenn alle freigeordneten Posten mit freiwilligen Vaterlandsfreunden, deren Patriotismus gewiß zu loben ist, besetzt werden. Wenn man hört, daß Gymnasialisten und „höhere Töchter“, die dem Landmann keinerlei Nutzen bringen können, sondern nur Kosten verursachen und das Entgelt, dessen technische Behandlung ihnen vollkommen fremd ist, nur entwerfen, die Entbehrung als gesunde und billige Sommerfrische betrachten, daß Pastoren Polizeidienste übernehmen (statt ihre Pflichten zu versehen und zu erfüllen), Professoren Subalternendienste in den Zentralbehörden verrichten wollen, während Hunderttausende für diese Arbeit geschulter Kräfte zur Verfügung stehen, die über Hunger jammernd, dann muß man sagen, auch dieser Weg, unserm Lande zu helfen, ist verfehlt. Erst wenn das Reich, der Staat, die Gemeinde bankrott sind, erst dann darf er die unangenehmsten Leistungen seiner Bürger annehmen. Vor der Hand aber muß er Arbeit schaffen, Brotverwerb gewähren, der Not vorbeugen, sich das Besondere der Hungersnot, der Inzuchtendemie, der Erbitterung, ja, was Gott verhüten möge — des Aufwuchs im Innern weig.

So schreibt die „Volksw. Korresp.“, und die „Näch. Arbeitgeber-Ztg.“ druckt es billigend ab. Wir freuen uns dieser sozialen Einsicht auch auf jener Seite und hoffen, daß man auch nach dem Kriege solches Verständnis und solchen Sinn für die Leiden der Arbeiterschaft zeigt, daß man erkennt, daß Unternehmer und Arbeiter sich näher treten müssen, daß man nicht wie bisher sich auf den krassen Serrenkontrapunkt stellt, sondern auch der Arbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht und vor allem die soziale Gleichberechtigung einräumt. Man wird sich auf Arbeitgeberseite dazu umso leichter verstehen, je stärker die Organisation der Arbeiter ist. Auch aus diesem Grunde müssen wir es als unsere Hauptaufgabe betrachten, die Organisation durch die Klümpen des Krieges hindurchzuführen. Mögen deshalb unsere Kollegen draußen im Lande dafür sorgen, daß das Vereinsleben in Fluß gehalten wird, daß die Beiträge pünktlich gezahlt und vor allen Dingen auch diejenigen aufgebracht werden, die jetzt mitsamtig daran mangeln, daß die Organisationen ihre Unternehmenseinrichtungen den Kriegsverhältnissen anpassen haben. Wenn uns dies gelingt, dann sind die Grundlagen des Gebäudes gesichert, und wenn auch der Krieg an den Mauern der Organisation gerüttelt hat, so wird es uns trotzdem möglich sein, nachher sie wieder zu festigen. Jeder

muß daran mitarbeiten, der den Wert der Organisation für die Arbeiter begriffen hat. Damit handeln wir auch im Sinne und zum Nutzen derjenigen, die jetzt draußen im Felde ihr Leben für uns aufs Spiel setzen. Seien wir uns also der uns obliegenden Ehrenpflicht bewußt, und unsere Organisation wird nach dem Friedensschluß umso herrlicher gedeihen, weil gerade durch diesen Krieg der freihändlerisch-nationale Gedanke eine gewaltige Stärkung erfahren hat.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

wird erzieherischerweise von allen Seiten energisch in Angriff genommen, wie aus anderen Mitteilungen in dieser Nummer zu ersehen ist. Auch das preussische Ministerium des Innern geht energisch nach dieser Richtung vor, indem es in seiner „Berliner Korrespondenz“ nach einer kurzen Schilderung der bisher getroffenen Maßnahmen folgende vernünftige Maßschritte erteilt: „Gleichwohl sind noch Arbeitslose in großer Zahl vorhanden, und es wird sich nicht vermeiden lassen, daß die Kommunen einen einseitigen, Es ist notwendig, daß die Kommunalverwaltungen mit den Arbeitgebern und Arbeiterorganisationen aller Parteistellungen Fühlung nehmen; mit jenem, um zu erreichen, daß die Inhaber stillgelegter Betriebe sich wenigstens an der Fürsorge für ihre stellungslosen gewordenen Arbeiter beteiligen, mit diesen, um zu vermeiden, daß die Arbeitslosenunterstützungen der Arbeiterorganisationen sich mit der kommunalen Fürsorge kreuzen. Ein rasches und entschiedenes Eingreifen ist Pflicht der Kommunen.“

Es wird sich empfehlen, daß auch die Kommunen in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber und Auftraggeber nicht etwa die schon in Angriff genommenen Arbeiten aus Anlaß des Krieges unterbrechen, und daß sie die noch nicht begonnenen Arbeiten, zu der sie innerhalb des geltenden Haushaltsanschlages berechtigt sind, unverzüglich in Angriff nehmen.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß es darauf ankommt, möglichst vielen Personen einen, wenn auch nur notdürftigen Verdienst zu gewähren. Es wird von einer besonders intensiven Ausnutzung der Arbeitskräfte abgesehen, vielmehr auf Verfürgung der Arbeitszeit und die Einstellung einer möglichst großen Zahl von Arbeitern zu halten sein, wenn dadurch auch der Verdienst des einzelnen gemindert wird. Die Beschäftigung freiwilliger Arbeitskräfte wird ganz unterbleiben müssen. Es ist auch der Hinweis am Platze, daß die Frauen der erwerbslosen Wehrmänner durch die vom Staat und von den Kommunen gewährten Beihilfen vielfach besser gestellt sind als die gänzlich erwerbs- und einflusslosen Personen.

Weiterhin gilt es, darauf zu halten, daß solche kommunalen oder einer öffentlichen Aufsicht unterstehenden Anstalten, wie zum Beispiel Straßenbahnen, die infolge der Einziehung zahlreicher Angestellter zum Sterben zunächst eine Einschränkung ihres Betriebes eintreten lassen mußten, alsbald den früheren vollen Betrieb wieder aufnehmen und zu diesem Zweck eine entsprechende Zahl neuer Arbeitskräfte mit der notwendigen technischen Ausbildung versehen lassen. In hierfür geeigneter Arbeitskräften wird es nirgends fehlen.

Werden diese Grundzüge auch bei den städtischen Betrieben der Kommunen beachtet (Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Bahnen), und

werden neue, bisher nicht beschlossene Arbeiten in Vorbereitung genommen, so darf erwartet werden, daß damit ein wirksamer Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Kriege getan wird.

Darüber hinaus haben auch die Kommunen die Möglichkeit, durch Verringerung der in Friedenszeiten von Anstalten kommunaler Anstalten geleisteten Arbeit, Arbeitsgelegenheit für den freien Markt zu schaffen. Auch wird bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und Aufträge auf die Berücksichtigung möglichst vieler Unternehmer zu achten sein.

Der Staat wird es auch seinerseits nicht daran fehlen lassen, den Gefahren der Arbeitslosigkeit in ähnlicher Weise entgegenzutreten.

Diese Vorschläge bedarf es im wesentlichen mit dem, was auch von den Organisationen der Arbeiter gefordert wird. Es ist erfreulich, daß unsere Behörden in den jetzigen Zeiten das richtige Verständnis für die Not des Volkes zeigen, und wir können nur hoffen, daß die erteilten Maßnahmen überall die ihnen gebührende Beachtung finden. Wo Gemeindevorsteher als Gemeindevorsteher in Stadtverwaltungen in obigem Sinne wirken können, werden sie sicherlich ihre volle Schlußkraft tun.

Gegen Verschwendung von Nahrungsmitteln zur Sicherung unserer Volksernährung.

Wann Deutschland ausgehungert werden? — Unsere Feinde glauben es, und die Engländer rechnen wohl damit. Sie nehmen wohl kaum an, daß wir mit Waffengewalt überwinden werden können, aber sie vertrauen dem Hunger. Sie denken mit einer Wodade unserer Luftschiffe auf dem Wasser unsere Kraft zu lähmen, und zwar ohne daß sie sich allzu sehr unserer Schlägen aussetzen. Die gewaltige deutsche Einfuhr von Lebensmitteln aus allen Herren Ländern läßt sie fest auf den Erfolg ihres Planes bauen. Aber wir brauchen die Vorratshäuser der Engländer nicht zu fürchten. Wenn wir mit unseren selbstgebauten Nahrungsmitteln haushalten. Und das ist allerdings notwendig. Wir wissen nicht, wie sich die nächste Zukunft gestalten wird, wie lange der Krieg dauert. Er kann schneller zu Ende sein, als man zu hoffen wagte, aber er kann sich auch in die Länge ziehen. Inzwischen steht uns nur die Möglichkeit offen, Nahrungsmittel aus Holland und Dänemark und über diese beiden Länder zu beziehen. Alle anderen Staaten, nach denen die Verkehrswege uns offen stehen, haben im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Nahrungsmittel für uns abzugeben. Wie lange die Einfuhr von transatlantischen Getreide und Fleisch über Holland und Dänemark möglich ist, läßt sich nicht sagen. England scheint unter seiner heutigen Regierung vor keinem Rechtsbruch zurück, und es liegt nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, daß es auf dem Meere auch die neutrale Schifffahrt nicht unangefastet lassen wird.

Aus allem erwächst uns die gebieterische Notwendigkeit, mit der gleichen Energie und Aufmerksamkeit, wie wir unsere kriegerische Rüstung und Mobilisierung betrieben haben, auch Maßnahmen für eine von ausländischen Zufuhren unabhängige Volksernährung zu treffen. Wichtiges ist nach dieser Richtung bereits geschehen. Wir hatten besonders in den letzten zehn Jahren eine sehr starke Einfuhr von Nahrungsmitteln. Deutschland war z. B. ein Getreide exportierendes Land geworden. Heute ist jede Einfuhr von Nahrungsmitteln verboten. Kriegsrück — aber durch den Zwang der schweren Zeit notwendig. Alle Grenzen waren früher durch hohe Zölle abgeperrt; Fleischwaren und lebendes Vieh hereinzubringen war fast unmöglich oder doch sehr schwer. Heute stehen unsere Grenzen weit offen; jede Einfuhr von Nahrungsmitteln ist willkommen. Dazu gesellen sich andere Maßnahmen. Mit der gleichen Umsicht, mit der die Mobilisierung sich vollzog, wurde die Körnerernte eingebracht. Eine glatte Vorlesung hat uns nicht nur mit einer überaus reichen Ernte, sondern auch mit gutem Erntewetter gesegnet. Bis auf weiteres wird, abgesehen von Höhenlagen, jetzt alle Körnerernte unter Dach und Fach sein. Wir haben auch eine außerordentlich gute Gemüse- und Obsterte. Man arbeitet in allen Konservenfabriken heute mit angepanntester Kraft, um diese zu verarbeiten. Gleichzeitig ist man überaus fleißig daran, die abgeernteten Flächen in Gärten und Feldern für eine nochmalige Ernte in rasch wachsenden Früchten abermals zu bestellen. Ist das

Better weiter günstig, haben wir einen warmen Herbst, so wachsen auch hier als zweite Frucht große Mengen an Nahrungsmitteln und Futtermitteln für Schlacht- und Melkvieh. Millionen fleißiger Hände regen sich. Von großer Wichtigkeit ist es, daß wir auch eine außerordentlich gute Kartoffelernte haben. Von Sachverständigen wird nach Abzug der Ein- und Ausfuhr (letztere ist wie gesagt verboten) unser gekamrter Kartoffelvorrat für das laufende Jahr auf 50 Millionen Tonnen, das sind 1000 Millionen Zentner, geschätzt, gegen 43 im vorigen Jahre und gar nur 28 im Jahre 1912.

Das alles sind günstige Tatsachen. Wir können uns auch in unserer Volksernährung vom Auslande auf Jahre hinaus unabhängig machen, wenn wir in jeder Beziehung umsichtig und sparsam wirtschaften. Alle Kräfte des Bodens und der Technik müssen zur Nahrungsmittelherzeugung voll ausgenutzt werden, jede Verschwendung von Nährstoffen muß unterbleiben. Namentlich auch das letztere ist zu betonen. Man kann es daher verstehen, wenn, seit uns die Lage klar geworden ist, von verschiedenen Seiten das Verlangen gestellt wurde, es möge in dieser schweren Zeit kein Korn, kein Obst und keine Kartoffel zur Alkoholerzeugung verwendet, sondern alles für die Ernährung von Mensch und Vieh aufgebraucht werden. Der Gedanke wird wohl kaum oder nur im alleräußersten Notfall durchgeführt werden können, aber es wäre schon eine beträchtliche Hilfe für unsere gute Versorgung mit Nahrungsmitteln, wenn man seine Verwirklichung wenigstens bei der Branntweinproduktion durchsetzen wollte. Wir brauchen in Friedenszeiten keinen Branntwein; am allerwenigsten im Kriege. Den deutschen Truppen ist der Branntweingenuß als entfrägend und demoralisierend von der Heeresleitung durchaus verboten.

Er geht aber an unserem Nahrungsmittelvorrat sehr stark. Nach der Reichsstatistik verbrauchte die Deutsche Branntweinerzeugung im Durchschnitt der Betriebsjahre 1909 bis 1912 2,3 Millionen Tonnen Kartoffeln, 390 000 Tonnen Getreide und 866 000 Hektoliter Obst und Früchte. Das amtliche Buch „Die deutsche Landwirtschaft“ schreibt: „Wären die Vorräte an Brotgetreide und Kartoffeln im wesentlichen der menschlichen Nahrung vorbehalten, und würde keine Ausfuhr von Getreide stattfinden, so würde der Bedarf für den Unterhalt der Bevölkerung, bei Mäßiger Nahrung von Roggenbrot und Kartoffeln und geringeren Genuß von Weizen in den letzten Jahren regelmäßig aus dem Inlande zu decken gewesen sein.“

Die Reichsregierung hat sich in letzter Zeit bereits mit der Verwendung von Nahrungsmitteln für die Branntweinerzeugung beschäftigt. Sie ist überzeugt, daß die Nachteile dieser Verwendung überhäuft werden. Diese Überzeugung wird man im deutschen Volke nicht überall teilen. Wenn auch die Bedeutung der Brennereindustrie für Spiritus zu gewerblichen Zwecken nicht unbeachtet bleiben darf, so ist doch auch zu berücksichtigen, daß wir heute in einem Ausnahmezustand leben, dessen Dauer nicht abzusehen ist. Dieser Zustand sollte die Vernichtung großer Mengen guter Volksernährungsmittel durch die Brennereindustrie unmöglich machen. Nebenfalls sollte Spiritus nur für die dringlichsten gewerblichen Zwecke erzeugt werden dürfen. Eine sehr erhebliche Einschränkung des Brennereibetriebes ist um so leichter möglich, da der Spiritusvorrat am 30. Juni dieses Jahres 1 229 599 Hektoliter betrug. Er war außerordentlich groß und ist seitdem sicher nicht kleiner geworden. Dieser Vorrat reicht bei zweckmäßiger Verwendung auf lange Zeit für gewerbliche Zwecke.

Sorgt für geistige Nahrung!

Der Verein für Volksunterhaltungen hat auch während des Krieges seine segensreiche Tätigkeit nicht eingestellt. Sein Generalsekretär Lemm sendet an die Presse einen Aufruf, in dem zur Deckung der Vortragsäle und der Bibliotheken in eindrucksvollen Worten aufgefordert wird. Die Bildungsvereine, die Redner aller Art, die Schauspieler sollen an den Abenden alle diejenigen, die sich versammeln, die eine Stunde der Erbauung und Erhebung brauchen. Dadurch wird die schöne erste Begeisterung unseres Volkes dauernd auf der Höhe erhalten, auch dem Einfachsten, Schlichtesten und Ungelehrtesten wird es ermöglicht, die großen Ereignisse der Zeit in ihrer Bedeutung zu erfassen, ihn in aller Mühsal aufzurichten, erfrischt, aufzuwecken und umso williger machen, das Schwere was getragen werden muß, auf sich zu nehmen. Ferner sollen die Bibliotheken geöffnet werden, alt und jung soll Bücher erhalten, und auch die heimkehrenden Kranken und Verwundeten sollen

mit geistiger Nahrung aus den Büchereien bedacht werden. Wenn alles dies überall geschieht, so wird es einst von uns heißen, daß auch wir noch im besonderen mit in den Kampf gezogen sind, indem wir die idealen Güter schütten, wahren, pflegen, indem wir zur Speisung der zurückgebliebenen Millionen das Unrige beisteuern. Der in warmen Worten gehaltene Aufruf schließt mit folgenden Sätzen:

„Und für diese Arbeit vor allem eines. Auch bisher haben wir immer gemahnt und gefordert: Haut und duftet keine Schranken! Gebt allen, was unser Volk Grotes und Gutes hat! Erfreut, erhebt, belebt Euch gemeinsam mit allen, die kommen wollen und können! Heute ist diese Vereinigung aller im selben Hause und am selben Tische selbstverständlich. Heute gibt es keinen Unterschied der Berufe, der Stände, der Parteien und Konfessionen. Wenn die Söhne und Brüder nebeneinander in denselben grauen Kleide im Felde stehen, können die Tüchtigen, die Mütter, die Väter sich nicht absondern und trennen. Gemeinsam, in einem Geiste werde alles eingrichtet und durchgeführte Volksabende schlechweg, nichts anderes, von allen sonst vielleicht getrennt Arbeitenden gemeinsam einberufen und gemeinsam geleitet.“

So können diese Abende, neben ihrer Wirkung für den Tag, eine Brücke bauen, auf denen die getrennten Glieder unseres Volkes sich finden, gemäß dem Kaiserwort: „In dem jetzt bevorstehenden Kampfe teile ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur ein Deutschland.“ Es handelt sich jetzt nur darum, daß alle die Brüder zusammenstehen...

Wir müssen und werden uns zusammenfinden. Dieser Krieg, glücklich zu Ende geführt, wird ein neues deutsches Volk hinterlassen, wie der vor 44 Jahren ein neues Reich geschaffen hat. Der jetzige Streit der Parteien wird in der alten Form nicht wieder aufleben. Keiner, der diese Tage mit Bewußtsein durchlebt hat, wird es vergessen, wie in dem Augenblick, als der Kriegsruf ertönte, das ganze Volk, alle ohne Ausnahme, sich um den Träger der Reichs- und Kriegsgewalt, den Deutschen Kaiser, scharte, allen Streit zurücklassend, in dem einen Gedanken, Volk und Vaterland zu schützen und zu retten. Das kann nicht vergessen werden. Das hat abgrundtiefe Erfahrungen aufgegeben. Wir werden nach gründlich bestandener Prüfung ein Volk sein in einem Sinne, wie wir es vor diesen Tagen zu werden kaum hoffen durften. Und dann können wir mit vereinter Kraft alles Gute und Große bauen und pflegen. Schon dieses eine ist es wert, daß wir Gut und Blut einsehen.

So laßt uns schaffen im Kriege für den Frieden, dafür, daß nichts in unserem Volke zu Grunde geht, daß wir uns selber weiter bebauen, die Geister nicht hungern, die Gemüter nicht veröden, und daß alle, die mit uns leben, sich ihrer selbst, ihrer Kraft, ihrer Pflicht, ihres Volkstums und der großen gewaltigen Zeit, in der wir leben, ganz bewußt werden.

Erziehung und Bildung haben uns dahin gebracht, wo wir stehen, unsere Erziehungs- und Bildungsarbeit in Haus, Schule, Werkstatt und Herd läßt uns auf einen glücklichen Ausgang hoffen. Erziehen, bilden, lehren, erziehen und erziehen wollen wir darum auch in der Zeit, die eine eiserne Sprache redet.

Damit ans Wort: Die Vortragsäle auf für jedermann! Die Büchereien auf! Geist, Wort und Schrift sind gute Verbindende auch in den ernstesten Tagen.“

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 4. September 1914.

In einem Rundschreiben des Reichsversicherungsamts an die Landesversicherungsanstalten werden mit Rücksicht auf den Krieg besondere Maßnahmen auch auf dem Gebiete der inneren Geschäftsführung angeordnet. Zunächst wird empfohlen, von Rentenenthebungen zunächst auf die Dauer von 3 Monaten grundsätzlich abzusehen. Von ihrer Strafbefugnis sollen die Vorstände nur in besonderen Fällen Gebrauch machen. Bereits verhängte Strafen sind, wo nicht böser Wille des Bestrafften klar zu Tage liegt, niederzulassen. Das Reichsversicherungsamt wird keine Sprüche und Beschlusstätigkeit fortsetzen. Im Interesse der Versicherten sollen aber die Vorstände erörtern, inwiefern etwa die Einlegung von Revisionen seitens der Anstalten auf die Fälle beschränkt werden kann, in denen das Berufungsurteil offenbar verfehlt ist. Ferner wird den Vorständen nahegelegt, bereits anhängige Revisionen unter dem vorbezeichneten Gesichtspunkte zu prüfen, soweit dies auf Grund der Sanftmütigkeit möglich ist, und gegebenenfalls zurückzunehmen. In gleicher Weise soll bei in der Berufungsinstante schwebenden Anträgen der Versicherten geprüft werden, ob wegen neuer Tatsachen oder aus anderen Gründen der Anspruch anerkannt werden kann.

Die Auszahlung von Unfall- und Invalidenrenten für Kriegsteilnehmer kann nach einem Rundschreiben des Reichsversicherungsamts vom 25. August d. J. an die Angehörigen auf Grund einer Empfangsbollmacht erfolgen. Es werden Bollmachten in der einfachsten Form als aus-

reichend anerkannt werden. zum Beispiel Briefe der Eingezogenen an ihre Angehörigen, welche den Wunsch oder die Bitte enthalten, die Rente abzugeben. Die Vollmacht, die übrigens stempelfrei ist, ist der Berufsgenossenschaft (bei Unfallrenten) oder der Landesversicherungsanstalt (bei Invalidenrenten) einzureichen, welche die Postanstalt anweist, die Rente an den Bevollmächtigten zu zahlen. Die Rentenausschüttungen sind von den Bevollmächtigten zu unterschreiben; die Unterschrift ist von den Polizeireisenden zu beizubringen. Einer Lebensversicherung bedarf es in diesen Fällen nicht. Die Renten der als gefallen (tot), vermisst oder gefangen gemeldeten Rentennestfänger werden beim nächstfolgenden Zahlungstermin von der Postanstalt nicht mehr ausbezahlt. Wegen der Hinterbliebenenentschädigung oder der einseitigen Weiterzahlung der Rente für Vermisste oder Gefangenen haben sich die Angehörigen an die Berufsgenossenschaft oder Landesversicherungsanstalt zu wenden.

Zur Verheirathung empfohlen! Der Warenhausbesitzer Billy Cohn in Halberstadt, ein Mann, der sich auch sonst durch soziales Empfinden einen guten Namen gemacht hat, hat an die selbständigen Kaufleute folgenden Aufruf erlassen:

„Der Krieg, in dem wir Deutschen ohne unsere Schuld hineingeworfen worden, hat Millionen unserer Brüder und Schwestern zur Fahne gerufen. Dadurch wird große wirtschaftliche Not in weite Kreise des Volkes getragen. Noch größer wird die Not, wenn: die in der Heimat zurückbleibenden Männer, Frauen und Mädchen von ihren Arbeitgebern entlassen werden. Alle Angehörigen müssen in diesen schweren Tagen nicht nur für sich, sondern für ihre Verwandten und Angehörigen Nahrung und Kleidung schaffen. Ich weiß wohl, daß der Krieg auch von den Geschäftsinhabern ohnehin schon große Opfer fordert. Aber sie sind doch vor der bittersten Not durch ihren Fleiß geschützt. Großindustrielle, Kaufleute und andere Unternehmer haben schon glänzende Beispiele dadurch gegeben, daß sie ihre Betriebe im Gange halten. Eifern wir diesen nach, indem wir unsere Angehörigen solange wie irgend möglich durchhalten. Wenn dann die ersten großen Siege kommen, die unsere tapferen Soldaten sicherlich erringen werden, dann wird die Kaufkraft und die Unternehmungsgier sich wieder regen, die jetzt so sehr darniederliegen, und Handel und Wandel werden wieder bessere Zeiten sehen. Darum, Kollagen, haltet durch, wie unser tapferes Kriegsheer durchhalten wird. Seht eure Angehörigen nicht auf die Straße, sondern kämpft euch mit ihnen gemeinsam durch diese schwere Zeit. Auch diese Epochen bringt ihr für was angegriffene Vaterland!“

Goffen wir, daß dieser Mahnruf nicht ungehört verhallt!

Wachsende Erkenntnis. Als der Krieg ausbrach und unsere Brüder zu den Fahnen eilten, da machte sich auch unter den Dabeimgeliebten ein lebhaftes Bedürfnis geltend, nun ebenfalls etwas für das Vaterland zu tun. Von allen Seiten boten sich freiwillige Hilfskräfte an, die sich irgendwie im Interesse der Allgemeinheit zu betätigen wünschten. Dieser Eifer verdient gewiß volle Anerkennung. Oft aber hat man dabei weit über das Ziel hinausgeschossen. Man hat an freiwillige Hilfskräfte Arbeiten vergeben, die sehr wohl von Arbeitslosen hätten fertiggestellt werden können, und man hat dadurch zahllose Familien in Elend gelassen, denen eine Erwerbsmöglichkeit geboten worden wäre. Mehr und mehr hat sich nun erfreulicher Weise die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß ein solches Verhalten verfehlt ist. Der preussische Handelsminister hat zunächst einen Erlass veröffentlicht, in dem er darauf hinweist, man solle die Konkurrenz der freiwilligen Arbeitskräfte gegenüber den Arbeitslosen ausschalten. Man solle z. B. nicht Spenden, Bettelruder und andere Wünsche von freiwilligen Hilfskräften nähen lassen, weil damit ebenso gut bezahlte Kräfte beschäftigt werden können. Diese Maßnahmen des Handelsministers sind durchaus richtig und verdienen nach jeder Hinsicht beifall zu werden. Auch bei der Großen Berliner Straßenbahn, die ursprünglich die Frauen von eingezogenen Schaffnern und Fahrern beschäftigte, hat man sich nunmehr zu der besseren Ansicht bekehrt, von jetzt ab ausschließlich männliches Personal zum Erstdienst heranzuziehen. Wenn es auch lange gedauert hat, bis man sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen hat, so ist doch auch dieser späte Schritt mit Freuden zu begrüßen.

Bernünftige Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit hat die kürzlich in Berlin gegründete Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise angeregt. Zweck dieser Auskunftsstelle ist zu verhüten, daß Verwirrung auf dem Arbeitsmarkt eintritt, und die Arbeitgeber zu veranlassen, ihren gesamten Bedarf an Arbeits-

kräften lediglich dieser Auskunftsstelle anzugeben, die dann den Arbeitgebern die Arbeitsnachweise beizubringen, welche für die Beschaffung der gewünschten Arbeitskräfte in Frage kommen. Um die zur Zeit herrschende Arbeitslosigkeit möglichst zu mildern, haben die in der Zentralauskunftsstelle vertretenen Korporationen und Verbände, darunter auch der Verband der Deutschen Gewerbetreibenden, einmütig beschlossen, folgende Maßnahmen zu empfehlen:

1. Soweit irgend möglich, soll die Arbeitslosigkeit in zwei Teile zerlegt werden, damit die doppelte Anzahl von Arbeitern beschäftigt werden kann. Auch beschränkter Verdienst schließt vor der dringenden Not. Ueberstunden dürfen nur dann verlangt werden, wenn aus technischen Gründen eine Teilung der Schicht unmöglich ist. Die Arbeitgeber werden dringend gebeten, die etwaigen Unbequemlichkeiten, die mit einer Teilung der Schicht verbunden sind, auf sich zu nehmen, weil nur durch diese Maßnahme eine erhebliche Vermehrung der Arbeitsgelegenheit geschaffen werden kann. Siedruck wird gleichzeitig die Gesundheit der Arbeiter gesichert und ihre Leistungsfähigkeit gehoben.
2. Alle Arbeitgeber werden dringend gebeten, die bei ihnen beschäftigten Arbeitskräfte sämtlich möglichst lange weiter zu beschäftigen, wenn auch bei beschränkter Arbeitszeit und geringem Arbeitslohn. Arbeitskräfte sind nur im äußersten Notfalle zu entlassen.
3. Alle Behörden, öffentliche Körperlichkeiten und sonstige Verbände, wie Privatpersonen werden dringend gebeten, die bereits geplanten Bauten und sonstigen Arbeiten, soweit Mittel zur Verfügung stehen, ausführen zu lassen. Neue Aufträge sind nach Möglichkeit zu erteilen.

Zur Aufrechterhaltung der Tarifverträge während der Kriegszeit fordert der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände seine Mitglieder auf. Es heißt darin:

„Alle Verträge mit den Arbeiterorganisationen behalten selbstverständlich ihre Gültigkeit. Die Arbeiterzentralorganisationen haben die bestehenden Streiks und Sperrn aufgehoben und damit zu erkennen gegeben, daß sie während der äußeren Kämpfe im Innern den Wirtschaftskrisen entgegenwirken wollen. Es wird in den ersten Zeiten auf beiden Seiten nicht der gute Wille fehlen, alle Reibungen zwischen den für die Fertigstellung der Bauten noch verfügbaren Arbeitgebern und Arbeitern zu vermeiden. Die Anzahl der Bauarbeiter steigt heute neben unseren Mitgliedern vor dem Feinde. Wir wünschen allen glückliche Heimkehr.“

Man sollte es eigentlich für selbstverständlich halten, daß die vereinbarten Tarifverträge gehalten werden. Wenn man aber bedenkt, daß leider vielfach die herrschende Notlage dazu gemißbraucht worden ist, tarifliche Vereinbarungen zu ungunsten der Arbeiter zu umgehen, so kann obiger Aufruf nur freudig begrüßt werden.

Arbeitslosenunterstützung in Berlin. Die Reichshauptstadt geht auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung in den jetzigen schweren Zeiten den übrigen deutschen Gemeinden mit gutem Beispiel voran. Es ist nämlich eine Magistratsvorlage ausgearbeitet und auch von der Stadtvorordnetenversammlung angenommen worden, wonach zunächst für die Dauer eines Vierteljahres monatlich 500 000 Mark zur Unterstützung von Arbeitslosen bewilligt wird. Die Verteilung der Unterstützung erfolgt in Gemeinschaft mit den Arbeiterberufsorganisationen. Gewährt wird die Unterstützung nicht nur an Angestellte und Arbeiter, welche trotz Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit eine Beschäftigung nicht finden können, sondern auch an kleinere Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe, die unter der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage nicht imstande sind, sich und ihre Familien zu ernähren. Was die Höhe anbelangt, so erhalten Personen, die für den Unterhalt von Kindern zu sorgen haben, 5 Mk. wöchentlich, die übrigen 4 Mk. Arbeitslose, die von ihrer Organisation eine Arbeitslosenunterstützung beziehen, erhalten dazu von der Stadt einen Zuschlag von 50 Prozent, vorausgesetzt, daß der von der Organisation gewährte Betrag mindestens 5 Mk. pro Woche beträgt. Zusammen darf die Unterstützung die Höhe von 12 Mk. wöchentlich nicht übersteigen. Die Festsetzung der Unterstützungen und auch die Kontrolle erfolgt durch besondere Kommissionen.

Es darf wohl angenommen werden, daß auch die großen industriereichen Berliner Vororte sich diesem Vorhaben Berlins anschließen. Jedenfalls muß in den Gemeinden, und zwar nicht nur in denen Groß-Berlins, darauf hingewirkt werden,

daß ähnliche Aktionen auch anderwärts unternommen werden.

Dabei sei gleichzeitig erwähnt, daß auch der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung sich einen Betrag von 5 Millionen Mark hat bewilligen lassen.

Die Sozialisierung der sozialistischen Internationale kennzeichnet treffend der sozialdemokratische badische Landtagsabg. Kolb im Karlsrüher „Volksfreund“, wo er schreibt:

„Die französischen Sozialisten haben die Kriegskredite bewilligt zum Kampf an der Seite des Vaterlandes gegen europäische Kultur. Die belgischen Sozialisten haben gleichfalls einstimmig die Kriegskredite bewilligt. Genosse Vanderveelde ist in dieser Sitzung der belgischen Kammer vom König zum Staatsminister ernannt worden und hat das angenommen. Die belgischen Sozialisten haben in Friedenszeiten die schwersten Kämpfe darum geführt, ob sie, entsprechend ihrer parlamentarischen Stärke, an der Regierung teilnehmen sollen oder nicht, weil ein Beschluß der Internationale ihnen Schwierigkeiten machte. Jetzt, wo es gilt, den Kampf gegen Deutschland zu führen, da gibt es kein Befinnen, da nimmt Vanderveelde die Ernennung zum Staatsminister gerührt an! Und das geschah nicht etwa, nachdem die belgischen Sozialdemokraten im Reichstage die Kriegskredite bewilligt hatten, sondern die Sitzung der belgischen Kammer war an demselben Tage wie die Sitzung des Reichstages. Dabei sieht attennmäßig fest, daß Deutschland gegen uns mobilisiert und uns tatsächlich angegriffen hat, bevor Deutschland auch nur einen Schritt zur Mobilisierung getan hatte. Wie stehen die französischen und die belgischen Sozialisten da, die trotz der Internationale, trotz ihrer Generalstreikpläne gegen den Krieg mit Begeisterung die Mittel bewilligen, um den Jargonismus in seinem zerstörerischen Anferre Kultur zu helfen? Darüber wird später noch manch erstes Wort zu reden sein.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Ansprüche auf Hinterbliebenenrenten auf Grund des Angestellten-Versicherungsgesetzes können vorläufig noch nicht erhoben werden, sondern erst 10 Jahre nach dem Inkrafttreten der Versicherung. Dagegen steht der hinterlassenen Witwe eines Versicherten oder falls eine solche nicht vorhanden ist, seinen Kindern unter 18 Jahren ein Anspruch auf Erhaltung der Hälfte der für den Verstorbenen eingezahlten Beiträge zu. Mit die Versicherung eine freiwillige, so werden sogar drei Viertel der Beiträge juridisch erstattet. Dabei muß beachtet werden, daß der Anspruch innerhalb eines Jahres nach dem Tode geltend zu machen ist.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose auch während des Krieges fordert der Präsident des Reichsversicherungsamts die Vorstände der Landesversicherungsanstalten auf. Als Richtschnur wird in dem Erlass empfohlen:

1. Der Kampf gegen die Tuberkulose darf während des Krieges nicht ruhen. Dies um so weniger, weil infolge des Rückganges der wirtschaftlichen Lage, der Verschlechterung der Ernährungs- und besonders der Wohnungsverhältnisse ein günstiger Nährboden für die Seuche und ihre Verbreitung geschaffen wird.
2. Es ist deshalb darauf Bedacht zu nehmen, Kranke mit offener Tuberkulose im Interesse ihrer Umgebung, besonders der Kinder, unschädlich zu machen. Solche Kranke werden nach Möglichkeit Heilstätten zu überweisen und, falls sie in solche bereits aufgenommen waren, dort zu belassen sein. Dabei können Kranke aus verschiedenen Bezirken in einer Heilstätte vereinigt werden. Soweit einer Versicherungsanstalt eigene Heilstätten nicht oder nicht mehr zur Verfügung stehen, werden private Anstalten zu benutzen sein. Neuestensfalls sind die allgemeinen Krankenhäuser in Anspruch zu nehmen.
3. Insofern aus bringendem Anlaß, insbesondere wegen Inanspruchnahme der Heilstätten für Kriegsanstaltszwecke, von der Ueberweisung Kranker mit geschlossener Tuberkulose in Heilstätten abgesehen werden muß, soll durch erhöhte Tätigkeit der Auskunfts- und Fürsorgestellen sowie der Walterheilstätten ein Ausgleich geschaffen werden. Dabei werden diese Stellen, auch wenn sie nicht von Versicherungsanstalten selbst errichtet sind und betrieben werden, auf finanzielle Unterstützung der durch sie entlasteten Versicherungsanstalten rechnen dürfen.

Zum Schluß wird bemerkt, daß, wo sich ein Mangel an Ärzten oder Schwestern herausstellt, die vom Roten Kreuz errichtete Zentralkasse für Kriegswohlfahrtspflege bereit ist, soweit wie möglich Erlass zu vermitteln.

Die Einführung einer künftigen Arbeitslosenversicherung ist kürzlich von der Stadtvorordnetenversammlung in Frankfurt a. M. beschlossen worden. Das gewählte System ist neu in seiner Art, wenn es sich auch eng an die Versicherungseinrichtung in Köln a. Rh. anschließt. Der Kreis der Versicherten umfaßt alle Arbeiter und Angestellten, also auch die Handlungsgehilfen. Bei der Verschiedenheit der Verhältnisse sind für einzelne Gruppen besondere Bestimmungen ge-

schaffen. Man hat außerdem 4 Gefahrenklassen gebildet, für die verschiedene hohe Beiträge gezahlt werden müssen. Die Versicherung kann erfolgen durch die Berufsvereine und durch Einzelpersonen. Die Versicherten müssen aber mindestens 13 Wochen in Frankfurt wohnen oder beschäftigt sein, mit Ausnahme der Bauarbeiter, die unbedingt am Orte wohnen müssen.

Für die 4 Gefahrenklassen sind wöchentliche Beiträge von 2, 3, 4 und 6 Pfg. pro Kopf vorgesehen. Für die Mitglieder von Berufsvereinen sind von letzteren die Versicherungsbeiträge an die Versicherungskasse zu leisten, und zwar sind die Beiträge nach der vorhandenen durchschnittlichen Zahl der versicherungsberechtigten Mitglieder des Vereins zu entrichten. Für die Einzelversicherten betragen die Wochenbeiträge für die 4 Gefahrenklassen 10, 20, 35 und 40 Pfg. Für die über 60 Jahre alten Arbeiter und Angestellten ist der Anschluss an die Kasse wegen des hohen Risikos gegen Wochenbeiträge von 15, 25, 40 und 50 Pfg. gestattet. Im übrigen soll in 3 Jahren eine Neuregelung der Beiträge stattfinden.

Die Verwaltung der Kasse ruht bei einer Kommission von 3 Mitgliedern. Daneben besteht ein Gesamtschuß aus 16 Mitgliedern, in welchem der Oberbürgermeister oder dessen Stellvertreter den Vorsitz führt. Außerdem ist ein neugewählter Ausschuß der Versicherten vorgesehen, der berechtigt ist, Anregungen und Anträge aus den Kreisen der Versicherten entgegenzunehmen und selbständige Vorschläge zum Ausbau der Kasse zu machen.

Bezugsberechtigt ist jedes Mitglied, das seit 52 Wochen in Frankfurt a. M. wohnt oder arbeitet. Die Arbeitslosigkeit muß unerschuldet sein, d. h. sie soll nicht in der Periode des Versicherten liegen. Im Falle eines Streiks oder einer Absperrung zahlt die Kasse nichts. Auch für die ersten sechs Tage werden keine Unterstützungen gezahlt. Die Kontrolle über die arbeitslosen Mitglieder wird durch persönliche Meldung an bestimmten Stellen durchgeführt. Bei Weigerung der Annahme oder Verhältnissen nachgewiesener Arbeit durch eigenes Verschulden wird die Wartegeld verlängert. Unberühmte Arbeiter müssen unter gewissen Voraussetzungen auch andwärts Arbeit annehmen.

Was die Höhe der Kostendeckungen betrifft, so soll sie nach Entrichtung von 30 Wochenbeiträgen täglich 1 Mk. betragen für Versicherte, die nur für sich zu sorgen haben, und 1,20 Mk. für die, denen der Unterhalt einer Familie obliegt. Mehr als 60 bzw. 100 Mk. dürfen innerhalb eines Jahres nicht gezahlt werden.

Die Stadt leistet einen Zuschuß in Höhe der Beiträge der geleisteten Versicherungssummen.

Man rechnet damit, daß der jährliche Zuschuß für die Stadt Frankfurt etwa 60 000 Mk. beträgt. Für den Fall der Auflösung der Kasse verfällt ihr Vermögen an die Stadt, die es im Interesse Arbeitstolerant zu verwenden hat.

Gewervereins-Teil.

§ Berlin. Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, Berlin C 19, Wallstr. 89 II, verlegt Anfang September ihre Geschäftsstelle nach Berlin N 24, Ronbijouplatz 3 II.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewervereine (G.-D.). Verbandshaus der deutschen Gewervereine, Greifswalderstraße 221/223. Mittwoch, 9. September, abends 8½ Uhr, erste Sitzung nach den Ferien. Besprechung über unsere Weiterarbeit. **Gewervereins-Vereinstafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Verhandlung im Verbandshaus d. Deutschen Gewervereine (Eimer Saal). Gäste will. — Sonnabend, der 5. September 1914. **Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin I.** Abends 8½ Uhr, b. Weib, Bergstr. 69. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III.** Abends 8-10 Uhr, Saalabend im Nordwest-Tafel, Alt-Moabit 55. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin VIII.** Abends 8½ Uhr, Greifswalderstraße 223. 1. Besprechung über freie Abstempelung der Beiträge. 2. Berichtsanlegenheiten. **Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII.** Abends 8½ Uhr, Schönhauser-Allee 65. L.-D. daselbst.

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung im Durhops Gesellschaftsband, Bremen, Reckenstraße. **Gottdorf (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanslein, Sandowstr. 49. **Deffau.** Gewervereins-Vereinstafel jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr, Abends 8-10 Uhr, im Nordwest-Tafel, Alt-Moabit 55. **Hilberfeld-Barmer (Ortsverband).** Jeden letzten Sonntag im Monat, abds. 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämper, Silberhof, Ruffenstr. u. Erholungstr.-Ecke. **Essen (Ortsverband).** Jeden Sonnabend, abds. 8-10 Uhr, Diskussionsabend im Verbandshaus, Kronenbühlstr. 58. **Frankfurt a. M. (Gewervereins-Vereinstafel).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr, Verhandlung im Vereinslokal, Köpcke 16. **Verbandskollegen heral. willkommen!** **Geisenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreter-Sitzung. **Heben** ersten und dritten Sonntag, abends 6-8 Uhr, Diskussionsabend im Vereinstafel von G. Simon. **Alter Markt.** **Haaren b. Wachen.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Diskussionsabend bei Lubowitz, **Hamburg (Ortsverband).** Jeden 2. Freitag im Monat, 8½ Uhr Ortsverbandvertreter-Sitzung bei Hofe, Helmsstr. **Hamburg (Rechnungsk.).** Jeden Montag von 19 bis 11 Uhr bei Grel, Lagerstraße 2. **Hamburg (Gewervereins-Vereinstafel).** Jeden Donnerstag, abds. 8-10 Uhr, Diskussionsabend bei Thüner in Altona, Elmblüthenstraße 48-50.

Berne (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Ww. Bihl, Rube, Bahnhofstr. gegenüber der evang. Kirche. **Heseloh.** Diskussionsabend jeden 3. Mittwoch im Monat abds. pünktlich 8½ Uhr bei D. Hülpe, Mendenerstr. 5. **Köln (Ortsverb.).** Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr Vertreter-Sitzung in der Benz-Erdölung, Kreuzgasse. **Leipzig (Gewervereins-Vereinstafel).** Die Verhandlungen finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und himmelbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. **Malsbeim-Klub.** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandshaus bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. **Stettin (Sängerkorps d. Gewervereine).** Die Verhandlungen finden jeden Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Rebel, Köpcke 5, statt. **Himmelsbegabte Kollegen herzlich willkommen!** **Tegele (Distriktsklub für Tegele, Borsigwalde u. Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Ecke Schönebergstraße. **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Mauerstr. 63. **Wetzlar.** Diskussionsklub. Jeden Donnerstag, abends von 8-10 Uhr Diskussionsabend beim Kollegen Ohmel. **Wiesbaden a. S. (Gewervereins-Vereinstafel)** der Deutschen Gewervereine. Verhandlungen jeden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, Rostergarten. **Worms (Ortsverband).** Vereinstafelung der vereinigten Gewervereine (G.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr im Saalabend im Verbandshaus „Wetmal“.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Pirchberg (Maschinenbau- und Metallarbeiter). Robert Wahn, Vorsitzender, Hellerstr. 18, Mag. Gähler, Schriftführer, Warmbrunnerstr. 12a. **Rüdigberg i. Pr. (Ortsverb.)** August Hoyer, Vorsitzender, Sachheim, Neustr. 8. **Selb i. Bayern (Ortsverb.).** Max Rogler, Schriftführer, Selb-Büßberg. **Stettin (Ortsverband).** Franz Schmeling, Kassierer, Stettin-Brebow, Brebowstr. 18. **Hilbermünde und Umgegend (Ortsverband).** Otto Hermann, Vorsitzender, Langelom, Balstr. 3. Albert Vaehn, Kassierer, Langelom, Dornbergstr. 5.

Literatur.

Kriegsmerckblatt für Gewerbe, Handel und Industrie. Die Zeitung des Hanfa-Bundes hat ebenfalls ein Kriegsmerckblatt für Gewerbe, Handel und Industrie herausgegeben, welches sich in 3 Abschnitten mit dem Verhalten in Kriegszeiten im allgemeinen und mit den Rechtsverhältnissen während des Krieges und mit den wirtschaftlichen und finanziellen Fürsorgebestimmungen beschäftigt. Das Kriegsmerckblatt enthält in gebogener Form eine kurze Zusammenfassung der für das wirtschaftliche Leben wichtigsten Bestimmungen und Fragen während des Krieges. **Exemplare stehen kostenlos, auch für Nichtmitglieder des Hanfa-Bundes, bei der Zentrale des Hanfa-Bundes, Berlin N.W., Dortheimstr. 86, sowie bei sämtlichen Zweigstellen und angeschlossenen Verbänden im Deutschen Reich zur Verfügung.**

Anzeigen-Teil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.



Teilzahlung
Uhren und Goldwaren,
Photoartikel, Feldstech.,
Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren,
Koffer usw.
Kataloge gratis und franko
BERLIN A. 57
JONAS & Co. Belle-Alliance-Str. 3

Wilmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten Unterstützung. Karten beim Ortsverbandskassierer O. Siedde, Wilmshaven, Mühlstr. 18.

Aitua (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützung im Betrage von 75 Pfg. bei allen Vereinskassierern, für die fehlenden Beweise beim Ortsverbandskassierer P. Brendler, Bergstr. 14.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegelder der Ortsvereine und des Ortsverbandsgehalts geschieht auf dem Sekretariat, Düsternstr. 3.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen:

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Von Karl Goldschmidt.

Ein Leitfadens für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 16. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pfg. 6 Stück kosten 1,00 Mk., 12 Stück 1,80 Mk.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.



Grossen Vorteil findet jeder Raucher
bei Einkäufen von unseren
Gewervereins-Zigarren

in nur besten Qualitäten, gut gelagert, zu den Vorzugspreisen von 3,50 Mark bis 10.— Mark pro 100 Stück. Geringste aus langer blattiger Einlage. — Vorzüglicher Geschmack und Brand. 500 Stück senden wir franco. Proben nur in Originalpackung von 100 Stück. Handmuster nied. Illustrierte Preisliste gratis und franco. — Ein Probeauftrag führt sicher zu dauernder Kundshaft.

Genossenschafts-Zigarrenfabrik der Deutschen Gewervereine (G.-D.)
e. G. m. b. H., Heidelberg.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Schable, Schramberg, Bernerstr. 104 und bei Fridolin Stehle, Schiltach 149.

Hamburg. Das Arbeitersekretariat befindet sich Marsstr. 15. Telefon Gruppe VI 9715. Auszahlung der Reisegelder und Arbeitsvermittlung.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil E Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsbezüge befindet sich Eilbathstr. 49 (Bügers Gastwirtschaft).

Ullrich (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten Abendbrot, Nachtlois, Kaffee und Frühmüll. Verpflegungskarten beim Kassierer O. Clausen, Kolonnenstr. 82.

Essen (Ruhb.). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Essen Abendbrot, Nachtlois und Morgenkaffee. Die Verpflegungskarten werden bei den einzelnen Kassierern ausgef. **Brandenburg (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgehalt in Höhe von 75 Pfg. beim Kassierer Heinrich Vela u. Kleine Gartenstr. 82.

Haynau i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer O. Walter, Reigentierstraße 48. Anweisungen sind bei den Vereinskassierern zu haben.

Wiesbaden a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten auf dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Reipolstr. 26.

Lübeck (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgehalt von 1 Mk. bei K. Lejch, Hinfenstr. 3.